Seehofer, Söder

SVEN HOPPE / PICTURE ALLIANCE / DPA

CSU

Seehofers Anti-Söder-Strategie

Der Parteichef der Christsozialen plant, den Aufstieg seines Rivalen zu torpedieren.

In der CSU spitzt sich der Machtkampf zwischen Parteichef Horst Seehofer und dem bayerischen Finanzminister Markus Söder zu. In der Partei hieß es von mehreren Seiten, Seehofer sei entschlossen, den Aufstieg Söders zum Parteichef zu verhindern. Seehofer habe deswegen eine neue Idee ersonnen: Danach soll es auf dem nächsten Parteitag Ende dieses Jahres eine außerplanmäßige Wahl des Parteivorsitzenden geben, bei der sich Seehofer noch einmal für zwei Jahre im Amt bestätigen lassen will. Ursprünglich war es Seehofers Plan, sein Amt bei der nächsten regulären Wahl Ende 2017 abzugeben. Aus Sicht des Parteichefs hat dies allerdings mehrere Nachteile. Zum einen würde das Gerangel um seine Nachfolge mitten in den Bundestagswahlkampf 2017 fallen. Und falls er Söders Aufstieg nicht verhindern könnte, hätte er dann einen Finanzminister am Kabinettstisch sitzen, der mit der Macht des Parteichefs die Richtlinien der Politik bestimmen würde.

Eine endgültige Entscheidung über den Plan soll erst fallen, wenn der weitere Verlauf der Flüchtlingskrise absehbar ist. Sollte der Streit mit der CDU weiter eskalieren, sei Seehofer entschlossen, bis 2018 Parteichef zu bleiben. In Seehofers Umfeld hieß es, Söder habe sich zuletzt mehrere „Fouls“ geleistet. So habe er in der Flüchtlingskrise ohne Abstimmung mit den Parteichefs eine „Generalaussprache“ der Vorstände von CDU und CSU gefordert. In der CSU wird der Streit zwischen Söder und Seehofer mit zunehmender Sorge beobachtet. Der CSU-Ehrenvorsitzende Edmund Stoiber fürchtet, dass sich eine Eskalation kaum noch vermeiden lässt und Söder eine Kampfabstimmung auf dem CSU-Parteitag ansteuert, sollte Seehofer nicht freiwillig weichen. rp

Islamismus

Terrorermittlungen gegen 15-Jährige

Hinweise verdichten sich, dass die Messerattacke eines Mädchens auf einen Bundespolizisten einen islamistischen Hintergrund hatte. Die 15-Jährige hatte vor einer Woche in Hannover dem Beamten mit einem Küchenmesser in den Hals gestochen und ihn schwer verletzt. Bereits vor der Tat hatte die Staatsanwaltschaft Hannover gegen das Mädchen wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt. Anfang Januar hatte die Mutter der Schülerin eine Vermisstenanzeige gestellt und ausgesagt, sie vermute, ihre Tochter wolle sich der Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Syrien anschließen. Die Mutter konnte die Tochter Ende Januar in Istanbul abholen, das Mädchen wurde später in Hannover von der Polizei befragt. Bereits als Siebenjährige hatte sie Kontakt zu dem Salafisten-Prediger Pierre Vogel. In einem Video mit ihm rezitierte sie Koranverse. Ob die 15-Jährige selbst zur Salafistin wurde, ist unklar.

Nach Aussagen der beteiligten Bundespolizisten erfolgte der Messerangriff möglicherweise geplant. Sie hätten den Eindruck, das Mädchen habe eine Überprüfung durch auffälliges Verhalten provoziert. Dann habe die 15-Jährige ihren Ausweis gezeigt und mit einer fließenden Bewegung zugestochen. Die Beamten fanden in der Tasche des Mädchens ein zweites Küchenmesser. In ihrer ersten Aussage sagte die Schülerin, sie habe spontan zugestochen, weil sie sich über die Kontrolle geärgert habe. Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelt auch, ob die Tat auf psychische Probleme des Mädchens zurückgeht. gud

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel